

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die Generalversammlung des Arbeitgeberbundes

Am 29. Februar nahm die Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe Stellung zu dem Ergebnis der Verhandlung über die Erneuerung der Tarifverträge. Von den übrigen Verhandlungsgegenständen interessiert uns zunächst dieser am meisten.

Der Bundesvorsitzende, Herr Architekt und Maurermeister Emil Behrens, Hannover, erstattete den Bericht über die Verhandlungen. Ein Abdruck des Stenogramms wurde jedem Versammlungsteilnehmer ausgehändigt. Herr Behrens erklärte, daß die Verhandlungen an den zu hohen Forderungen der Arbeitgeberverbände gescheitert seien. Er wies auf die getätigten Tarifabschlüsse im Stein-, Mauer- und Malergewerbe hin, die sich bekanntlich mit Zulagen in der Höhe, wie sie der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe geboten, begnügt haben. Zum Schluß unterbreitete er namens des Gesamtvorstandes des Bundes der Versammlung folgenden Antrag:

„Die Hauptversammlung gibt ihre Zustimmung zu dem vom Geschäftsführenden Ausschuss in den Verhandlungen im Reichsamt des Innern abgegebenen Erklärung, auf die Tariflöhne Kriegszulagen zu gewähren, und zwar in Tariforten bis zu 5000 Einwohnern pro Stunde 4 Pf., in allen übrigen Tarifgebieten mit neunstündiger Sommerarbeitszeit 6 Pf. pro Stunde, mit über neunstündiger Sommerarbeitszeit 8 Pf. pro Stunde.

Die Hauptversammlung beschließt, trotz der erheblichen Schwierigkeiten in einzelnen Bezirken und trotz des Widerspruchs der Arbeitgeberverbände, den Reichstarifvertrag auf dieser Grundlage zu verlängern, diese Kriegszulage vom 15. März d. J. ab freiwillig zu gewähren.

Nach Ablauf des Reichstarifvertrages am 31. März dieses Jahres soll da, wo es die Beschäftigungsmöglichkeiten zulassen, den Arbeitern Gelegenheit gegeben werden, durch Verlängerung der Arbeitszeit ihren Verdienst zu erhöhen.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe ist nach wie vor Anhänger des Tarifvertrages und bereit, über die Verlängerung des bestehenden Reichstarifvertrages zu verhandeln, sobald von irgendeiner Seite Anregung dazu gegeben wird.“

Dieser Antrag wurde gegen einige Stimmen angenommen, die die Lohnzulagen erst ab 1. April bewilligen wollten.

An dem Beschluß ist folgendes bemerkenswert: 1. Die angebotene Zulage soll den Arbeitern ab 15. März freiwillig gezahlt werden; 2. Nach Ablauf des jetzigen Tarifvertrages soll die Arbeitszeit verlängert werden; 3. Der Arbeitgeberbund ist bereit, in weitere Verhandlungen über die Verlängerung des bestehenden Reichstarifvertrages einzutreten. Es muß sich erst erweisen, ob die Arbeitgeber diesem Beschluß, soweit er den Lohn betrifft, nachkommen werden. Natürlich nur in den Orten, wo bisher keine Teuerungszulage gezahlt wurde. Da eine solche Zulage, und teilweise erheblich höher, als sie jetzt vom Arbeitgeberbund angeboten ist, bereits bezahlt wurde, hat dieser Teil keine allgemeine Bedeutung. Anders liegt es mit der Absicht der Verlängerung der Arbeitszeit. Diese Bestrebungen kommen hauptsächlich aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo der Widerstand gegen die Verkürzung der Arbeitszeit auch heute noch am nachhaltigsten ist. Gerade dieser Umstand läßt uns die hinter diesem Teil des Beschlusses verborgene Absicht ahnen. Rückwärts soll fahren angebotene Arbeitszeit unter 10 Stunden verhindert werden. Dieser Beschluß enthält auch einen Widerspruch in sich selbst. Auf der einen Seite wird die mindere Leistungsfähigkeit der jetzt tätigen Bauarbeiter gegen die Erhöhung der Löhne ins Feld geführt, auf der anderen soll diesen „minder-

leistungsfähigen“ Kräften die Arbeitszeit verlängert werden.

Der letzte Teil des Beschlusses ist uns am wenigsten verständlich. Der Arbeitgeberbund erklärt sich zu weiteren Verhandlungen bereit, obwohl er in gleichem Atem sagt, auf der Grundlage des von ihm gemachten Angebots den Reichstarif verlängern zu wollen. Nun ist ihm doch wohl bekannt, daß auch die Arbeitgebervertreter sich zu weiteren Verhandlungen bereit erklärt haben, die aber nur Erfolg haben könnten, wenn die Arbeitgeber sich zu einem höheren Angebot entschließen könnten. Das ist Klarheit. Läßt sich aus der Bereitwilligkeit des Arbeitgeberbundes zu weiteren Verhandlungen folgern, daß das gemachte Angebot nicht sein letztes Wort war, dann ist eine Grundfrage zu weiteren Verhandlungen geboten. Sonst aber nicht.

Aus dem Verhandlungsbericht des Arbeitgeberbundes über den hier behandelten Gegenstand ist zur begründenden Haltung über die Ablehnung nur wenig zu entnehmen. Um so deutlicher wird an anderer Stelle geredet. In einer Zuschrift aus „Baugewerblichen Kreisen“ an die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ heißt es:

„Die Bauarbeiter verlangen nicht mehr und nicht weniger, als daß die Arbeitgeber ihnen so ungefähr die gesamten Mehrkosten aus der Kriegskriegführung abnehmen, damit ihnen die Pflicht zum Durchhalten spielend leicht wird. Und fällt es denn den Bauarbeitern bei einem Stundenlohn von 90 Pf., also einem Tageslohn von über 8 Mk., und bei der enormen Beschäftigung, von der in dem „o“-Artikel vom 23. Februar 1916 gesprochen wird, so schwer, selbst ohne Teuerungszulage durchzuhalten? Ist denn nicht von allen Seiten anerkannt, daß gerade das Baugewerbe am meisten von allen Gewerben unter der Kriegslage zu leiden hat, eben weil es sich an Herstellungsleistungen nur in geringem Umfange beteiligen kann? Und gerade ihm will man jetzt mit solchen Forderungen die Kehle zuschnüren! Unser Vaterland verlangt von unseren braven Feldgrauen draußen täglich und stündlich die höchsten Opfer, die ein Mensch nur bringen kann, und hinter der Front wollen die dahingeblichenen Bauarbeiter das im Verhältnis zu jenem unvergleichlich kleine Opfer, das ihnen die Aufgabe des Durchhaltens auferlegt, auch noch auf die schwer belasteten Schultern der Arbeitgeber abwälzen!“

Diese Stimme aus dem Arbeiterlager macht aus ihrem Herzen keine Würdegrube. Diese schöne Energie findet sich leider nur immer wieder, wenn es gegen die Arbeiter geht. Wenn jetzt Milliarden von Kriegsgewinnen von den Aktionären eingestakelt werden, dann ist dies ein besonderer Beweis für Geschäftstüchtigkeit und Glück. Da wird von „Durchhalten“ oder „Durchhungern“ nicht geredet. Verlangen die Bauarbeiter indirekt ihren Anteil von diesen Kriegsgewinnen, dann, ja dann, Bauer, ist das etwas anderes. Dann werden ihnen die Kollagen im Schützengraben als Muster vorgeführt. Generalisierend wird von einem Stundenlohn von 90 Pfg. oder 8 Mark Tagesverdienst geredet, obwohl es nur eine einzige Stadt in Deutschland mit diesem Lohn gibt (Hamburg). Daß es auch nach Orten mit 40 Pfg. Stundenlohn und sogar darunter gibt, weiß anscheinend die Stimme aus baugewerblichen Kreisen nicht, nein, sie will es nicht wissen, weil sonst die Stimmungsmache, die Forderung und Verheißung ihr Ziel nicht erreicht. Daß die durchschnittliche Arbeitszeit im Baugewerbe nur circa 2400 Stunden pro Jahr beträgt und hierauf auch der durchschnittliche Tagesverdienst, die Sonntage noch nicht einmal eingerechnet, anzulegen ist, scheint diese „Stimme“ ebenfalls nicht zu wissen, nein, sie will es nicht wissen. Der durchschnittliche Stundenlohn der deutschen Bauarbeiter wird heute 60 Pfg. wohl kaum überschreiten, das bedeutet bei der oben angegebenen Stundenzahl einen Jahresverdienst von 1440 Mark oder pro Tag zum Lebensunterhalt noch nicht einmal ganz 4 Mark, die Versicherungsbeiträge ungeredet. Wenn die Lebenshaltung um 55 Prozent verteuert ist, wie Staatssekretär Del-

brück im Reichstage ausführte, dann soll eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 10 Prozent, so wie angeboten ist im Vergleich zu dem oben angegebenen durchschnittlichen Stundenlohn, dazu ansetzen sein, um über diese Teuerung leicht hinwegzukommen. Ja, wäre es denn so schwer, überhaupt ohne Teuerungszulage auszuhalten? Das heißt man die Bauarbeiter in ihren Sorgen nicht überfordern. Wenn der Arbeitgeberbund nicht will, daß derartige Neuerungen an ihm haften bleiben sollen, dann wird er sie energisch abschütteln müssen.

Aus dem süddeutschen Gipsergewerbe.

Wie fast alle Verträge im Baugewerbe, so geht auch am 11. März d. J. der für Süddeutschland abgeschlossene Tarifvertrag für das Gipsergewerbe zu Ende. Auf Grund einer entsprechenden Vertragsbestimmung hatte der Bürgermeister von Turlach, Dr. Hierau, die am Vertrag beteiligten Arbeitgeberverbände und den Arbeitgeberbund zum 29. Februar zu einer Besprechung nach Turlach eingeladen. Dr. Hierau leitete die Besprechungen, und sie führten zu folgendem Ergebnis: Die Parteien einigten sich darauf, daß der Tarifvertrag bis zum 31. März 1917 verlängert werde. Die Arbeitgebervertreter sahen die Notwendigkeit einer Teuerungszulage ein, gingen aber auf eine Forderung über die Höhe dieser Zulage nicht ein. Sie bemerkten, daß ihrerseits erst weitere Verhandlungen über die Zulage im Maurer- und Zimmerergewerbe abgeklärt werden müßten. Sollten im Laufe des Monats März in diesen Gewerben Verhandlungen nicht zustande kommen, so möge Herr Bürgermeister Dr. Hierau Ende des Monats neue Verhandlungen einberufen. Erstens unseres Verbandes nahmen an dieser Besprechung Kollege Freuß-Stuttgart und Kollege Wieberg teil.

Was die Zeit von uns fordert

Wir stehen noch mitten im großen Weltkriege. Mord, heisse und blutige Schlacht wurde schon geschlagen, und es ist wohl anzunehmen, daß eine endgültige Entscheidung gefallen sein wird, noch manch heißer Tag kommen wird und noch manch einer, vielleicht auch aus unserer Kollegen Reihe sein Leben für uns und unsere gerechte deutsche Sache lassen muß. Vieles und ungewöhnlich großes ist auf allen Kriegshandplätzen geleistet worden. Mit berechtigtem Stolz blicken wir auf all diese Taten, die uns einen herrlichen, glänzigen Frieden in Aussicht stellen. Doch wann der Friede kommt, und was er uns alles bringen wird, liegt leider noch recht im Dunkeln. Nur das eine steht fest und das möchten besonders alle Arbeiter bedenken, daß er uns große Aufgaben und auch Kämpfe bringen wird auf politischem, wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiete. Dann heißt es für die Arbeiter, die doch einen so wesentlichen Anteil an dem großen Ringen haben, auf dem Posten zu sein, um nicht überfordert zu werden.

Denken wir doch zurück an die Zeit nach dem Kriege 1870/71. Viele industrielle und andere Unternehmungen verdanken diesem Zeitpunkt ihre Entstehung und stehen heute materiell und finanziell geradezu glänzend da. Vergleichen wir damit die Verhältnisse der Arbeiter, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß nach den Gründerjahren die Arbeiter mit den schlechtesten Löhnen bezahlt wurden und es bis zum heutigen Tage großer Anstrengungen bedurfte, um die Lage derselben besser zu gestalten. Wie auf diesem Gebiete, so stand es auch auf politischem.

Wir brauchen hier nur an das preussische Wahlrecht, an verschiedene staatliche und sonstige behördliche Verordnungen zu erinnern, wodurch es zum Teil noch bis heute den Arbeitern unmöglich gemacht ist, an manchen wichtiger Entscheidungen nach ihrer Meinung und zu ihrem Gunsten mitzuwirken. Und fast durchweg alle diese Einrichtungen und Gesetze, die den Arbeitern ihre Rechte kürzen, stammen aus diesen und noch früheren Jahren. Schuld an diesen Zuständen war neben der sozialpolitischen Unsorgsamkeit mit die Schwäche des damaligen arbeitenden

Standes, denn die Arbeiter waren weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert, folglich mithin als einzelne den mächtigen Gruppen der anderen Stände gegenüber machtlos. Langsam, Schritt für Schritt kamen dann erst die sogenannten „freien“ und die Hirsch-Dünkerischen in den neunziger Jahren dann auch unsere christliche Gewerkschaftsbewegung in Fluss. Damit im Zusammenhange setzte auch die politische Vertretung der Arbeiterschaft im Reichstag ein, und mit vereinten Kräften wurde von diesen Gruppen mancher Hofs in politischer und mancher großer Mißstand in wirtschaftlicher Hinsicht entfernt, vieles hat sich seitdem zugunsten der Arbeiter gewendet.

Wie ständen aber wohl die Dinge, wenn diese mächtigen Faktoren nicht ins Leben gerufen worden wären, wenn nicht so viele wackere Kollegen in selbstloser Weise für unsere Interessen Jahre hindurch gekämpft hätten? Ein jeder Leser dieser Zeilen denke darüber einmal nach und gebe sie auch denen zu lesen, die heute noch jeglicher Organisation fernstehen, oder denen, welche in ihrer Kurzsichtigkeit und um die Beiträge zu sparen der Organisation den Rücken gekehrt haben. Denn wohl die meisten Arbeiter, die heute noch dem Verbanne fernstehen, und das ist leider noch ein großer Teil der Arbeiterschaft, haben bisher noch keinmal über unsere volkswirtschaftliche und sozialpolitische Entwicklung und deren mächtige Einwirkung gerade auf die Verhältnisse des arbeitenden Standes nachgedacht, und nur Unkenntnis ist es, die sie noch vom Beitritt abhält.

Die meisten sehen eben, und das betrifft leider auch noch einen großen Teil der organisierten Arbeiter, in der Organisation eine Verbindung, die nur Geld verlangt, um damit wieder höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu erkämpfen, andere wieder sehen in ihr nur eine Unterstützungskasse, die nach Möglichkeit ausgenützt werden muß, und nur ein Teil kennt den wirklichen Wert derselben. Gewiß gilt Lohnhöhung, und damit verbunden Verbesserung der Lebensverhältnisse, als oberster Grundsatz der Gewerkschaften, aber der Begriff „Verbesserung der Lebensverhältnisse“ ist so behauptet und vielseitig, daß ganze selbständige Organisationen und Kommissionen wieder daran arbeiten müssen. Diese Forderungen aber wären wohl nicht in dem Maße in Tätigkeit, oder die Arbeiter wären zum mindesten nicht so stark darin vertreten, wenn nicht die Gewerkschaften die Schaffung derselben angeregt und durch Schulung und Aufklärung ihrer Mitglieder dieselben zu tatkräftiger Mitarbeit herangebildet hätten. Um dies noch besser vor Augen zu führen, mögen hier einige Beispiele folgen.

Wo sind z. B. die unorganisierten Arbeiter, die für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten? Gar selten findet man sie einmal mit im Kampfe, und dann auch nur unter dem Druck der organisierten Kameraden, im Gegenteil, gar häufig treten sie als Streikbrecher auf und bereiten dadurch die angestrebte Verbesserung. Oder wo und wann haben jemals die unorganisierten Arbeiter die Führung bei sozialen Wahlen, wo es so wichtige Interessen der Arbeiter zu erkämpfen und zu ver-

treten gibt, in Krankenkassen, Versicherungs- und Oberversicherungsämtern, in Sachen der Invaliden- und Unfallrenten, wo sind sie bei Schieds- und Gewerbegerichten, oder wenn sie wirklich in einem dieser Ämter einen Posten einnehmen, wer hat erst dahin gewirkt, daß diese Faktoren mit so starker Vertretung der Arbeiter zustande kamen? Einzig und allein die Arbeiterverbände und Vereine durch jahrelange mühselige, Zeit und Geld kostende Arbeit. Wie werden sich die Millionen einzeln stehender Arbeiter zu solchen Arbeiten und zu solchen Erfolgen durchringen, aber auch nie werden sie den Wert dieser Errungenschaften voll und ganz würdigen können, weil ihnen all die Wohlthaten dieser Einrichtungen mühe-, kampf- und kostenlos in den Schoß fallen.

Weiter! Wo sind die Nichtorganisierten bei den so wichtigen Tarifabschlüssen, die ihnen ein festgesetztes lohnendes Einkommen auf bestimmte Zeitabschnitte zusichern, und an denen nicht gerüttelt werden darf? Wo stehen sie auf dem Gebiete des Schutzes für Konsuminteressen, betreffend blutige und gute Lebensmittelbeschaffung durch Konsumgenossenschaften? Zeigen uns nicht gerade die wirtschaftlichen Verhältnisse des Krieges die dringende Notwendigkeit derselben auf allen Gebieten der Lebenshaltung, und kann dies anders als wie durch Zusammenschluß der Massen geschehen? Wo kämpfen sie in der so brennend gewordenen Frage der Wohnungs- und Bodenreform, und welche Stellung nehmen sie ein in Schul- und Rechtschulfragen, in Fragen des Arbeiterschutzes, der Arbeitslosenfürsorge und -versicherung? Nirgendes ist von ihnen etwas zu spüren. Wo aber sind sie erst zu finden bei der politischen Vertretung der Arbeiterschaft? Wohl kein Arbeitervertreter ist im Reichs- oder Landtag, der nicht politisch oder gewerkschaftlich organisiert ist. Also auch nach dieser Richtung hin tun sie nie etwas für ihre Interessen, im Gegenteil, sie werden von den verschiedenen Parteien als Stimmvieh gebraucht und schaden mitunter direkt der Sache der Arbeiterschaft.

Es wäre gewiß noch vieles anzuführen, doch mögen die hier aufgeführten Punkte genügen, wer mit offenen Augen den Gang der Ereignisse im Laufe der Jahre und vor allem jetzt im Kriege verfolgt hat, den muß es nunmehr zum Bewußtsein kommen, daß dem Arbeiter in allen wichtigen Lebensfragen nur durch eine starke Organisation geholfen werden kann. Doch eine wichtige Frage bleibt noch zu beantworten. Viele Kollegen werden beim Lesen des Artikels sagen, was sollen alle diese Aufzählungen und Ermahnungen, wir sind doch organisiert. Nun wohl, organisiert sind sie, aber manch einer kennt doch den Wert der Organisation noch nicht ganz, und ihnen mag er zur Belehrung dienen. Allen Lesern aber soll er ein reger Ansporn sein, sofort und für alle Zukunft eine rege Agitationsarbeit zu betreiben, damit wenigstens der größte Teil der Arbeiter in den Gewerkschaften untergebracht wird, um dann mitzukämpfen für das Wohl der Arbeiterschaft. Gerade das Scheitern der Tarifverhandlungen im Baugewerbe

zeigt wieder recht deutlich, was wir Arbeiter trotz der schlechten Zeit und der schier unerschwinglichen Lebenshaltung zu erwarten haben, und gibt hinreichend Anlaß zu jeder Frühjahrsagitation. Ein jeder Leser muß nun wissen, was er zu tun und zu lassen hat, darum auf zum frischen Werben, ein jeder tue seine Pflicht, dies ist der beste Dank unseren im Schützengraben kämpfenden Kameraden gegenüber.

Gedr. Ernst Weiß, Ref.-Baz. I, Bwidau.

Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten folgende Mitglieder: **Georg Schmidt**, Mitglied der Zahlstelle Düsseldorf; **Sof. Röhm**, Mitglied der Zahlstelle Schwegingen; **Edmund Efarb**, Mitglied der Zahlstelle Beuren, Eichsfeld; **Untersoffizier Franz Weber**, Mitglied der Zahlstelle Rasdorf, Kr. Hünfeld. Die Kollegen **Heinrich Mater** und **Heinrich Becker**, Mitglieder der Zahlstelle Schwegingen, erhielten die **Badische Verdienstmedaille**.

Die **vierte Kriegsanleihe** ist zur Zeichnung ausgesetzt. Es ist Pflicht, seine verfügbaren Mittel dem Vaterlande zur Verfügung zu stellen. Damit wird kein Opfer gebracht, denn die Hingabe des Geldes bildet eine günstige Kapitalanlage. Auch die vierte Kriegsanleihe muß ein glänzendes Ergebnis haben, es muß die Siegesanleihe des deutschen Volkes werden.

Wohnungsmangel nach dem Kriege. In einer Versammlung des Architektenvereins zu Berlin bezeichnete Herr Geh. Rat Wuthesius den durch den Krieg und die eingeschränkte Bautätigkeit hervorgerufenen Mangel an Wohnungen auf 300 000 in Deutschland. Darin seien große Gefahren enthalten, und es sei alles auszubieten, um einen Wohnungsmangel zu verhüten. Er erinnerte an die Wohnungsnot nach dem Kriege 1870 und 71, die eine Lehre für diesmal sein sollten.

Die **Verförmung der Bevölkerung mit Kartoffeln** begegnet noch immer großen Schwierigkeiten. Auch die Erhöhung um 1,25 % pro Zentner hat nicht vermocht, eine Linderung herbeizuführen, es werden einfach keine Kartoffeln auf den Markt gebracht. Eine neue Bundesratsverordnung erhöht diesen Preis um weitere 50 Pf. pro Zentner und gewährt ab 15. April bis 15. Juni einen monatlichen Zuschlag von 25 Pf. pro Zentner für Verwahrung und Schwund. Um die Kartoffelbesitzer nunmehr zu zwingen, ihre Kartoffeln für die Volksernährung herauszugeben, wurde folgende Verordnung erlassen: „Jeder Kartoffelerzeuger hat auf Befordern alle Vorräte abzugeben, die zur Fortführung seiner Wirtschaft bis zur nächsten Ernte nicht erforderlich sind. Im Falle der Enteignung sind dem Kartoffelerzeuger, sofern der Bedarf nicht geringer ist, zu belassen: 1. für jeden Angehörigen seiner Wirtschaft einschließlich des Bestandes sowie der Naturalberechtigten, insbesondere Anteilhaber und Arbeiter, soweit sie kraft ihrer Berechtigung oder als Lohn Kartoffeln zu beanspruchen haben, für den Kopf und Tag 1 1/2 Pfund bis zum 15. August 1916. 2. Das mementbehrliche Saatgut bis zum Höchstbetrage von 20 Doppelzentnern für den Hektar Kartoffelanbaufläche des

Heimatshaus

Von Wilh. Pieper-Düsseldorf.
(Fortsetzung.)

Wir sehen nun die dünne Stahlbrücke vor uns und zu Seiten einen alten Stadtturm, der sich behauptet hat, weil er zum Besitzum eines konsekwativ gesinnten Bürgers gehört. Er ist nunmehr zum Ehrenposten eines Wahrzeichen der Stadt emporgekommen, und das quaderförmige, würdige Manerwerk bildet einen lächerlichen Gegensatz zum Eisengerippe der Brücke. Dann sind wir im Städtchen. In gute, alte, deutsche Stadt! Was hat beschränkter Bürgergeist aus dir gemacht! Noch stehen einige Giebelhäuser mit reichgeschmücktem Giebel oder mächtigen Haupteisern. Die sinnig-strömende Spruchlein, tief eingekerbt in die breiten Böhlen über dem Toreingang, der sich immer wieder erneuernde Segenswunsch des Hauses, den das flügendernde junge Volk als unvergängliches Erbe mit auf den Lebensweg nahm — sie sind nur noch mühevoll zu entziffern. Mit der alten Zeit ging die alte Sitte. Warum soll man sie auch noch belegen! Darüber ist man erhaben. Fast will es auch scheinen, als hätten sich die alten Gesellen nicht mehr recht heimlich zwischen ihrer hochmodernen Nachbarschaft. Diese Zeit da, vierzig und nichtsfagend, die architektonische Verdrängung von Emporkömmlingen schlimmerer Art. Vierstellige Säulenpaare mit aufgesetztem Dach, abwechselnd in ihrer hübsch und schandlosen Häßlichkeit. Andere überdauern, handwerklichartig einmal und hoch aufgestellt, hat man verpaßt und mit Jugendhormonen behangen. Ganz seltsames Kanakwerk, unedelartig verziert und unterbrochen von reichhaltigen Blumenleihen und Giebelkappen, kommt die Front hinaus, bis die Luft mit dem aufsteigenden architektonischen Schmutz eine gewisse Unschicklichkeit bekommt. Und die Ableger dieser Schlingelwerke stehen angedrückt und die Fensteröffnungen zu und ungeschicklich den einer ganz ungeschicklichen Einwirkung unterworfen, verhängend ungeschicklich über in einem Hause. Man hat geschicklich und geschicklich vor jedem Eingange der Vorhang und beginnt mit, das prächtig die „Kamprichter“ deut-

lichen Baumeistern maßgebend sein konnte. Gottlob ist sie abgetan und hoffentlich gründlich. Nun stehen wir auf dem Marktplatz. Ehedem war er das Herz der Stadt. In grauer Vorzeit hatten hier die kunstfertigen Stadtbürger eine hübsche Brunnenanlage geschaffen. Ein vor Alter meergrün geordneter Repton mit nicht minder grünem Dreizack krönte ihn, und Tag und Nacht entsprudelten dem Brunnen drei Silberkettlein, die mit dem Redestrom der Mägdle, die täglich und abendlich zum Brunnen kamen, um die Ketten plätscherten. Wie leuchteten der Mutter Augen, wenn sie vom Markbrunnen erzählte, von den warmen Sommerabenden, als süßer Nickerdunst die Luft erfüllte, und die Droffel im Traum noch zaghaft leise ihr Liedchen fortzwischerte. Heute steht dort der Brunnen nicht mehr. Er ging den Weg alles alten Pfunders. Aber man hat Ersatz für ihn gefunden. Ein „übliches“ Kriegerdenkmal nimmt jetzt den Standort des Brunnens ein. Der ideale Zweck des Denkmals bleibt selbstverständlich unberührt. Hochachtung unseren Kriegern, aber alles an seinem Platze. Der Markt einer alten Stadt ist nun einmal kein Standort für ein Kriegerdenkmal; und abgesehen davon ist es keineswegs eine Übertreibung, wenn man von einem Kriegerdenkmalstil redet, der sich bei uns, wenn auch nicht allgemein, so doch sehr stark herausgebildet hat, und der stets unliebsamer auffällt, je mehr man davon zu schauen Gelegenheit hat. Selbst dem Andenken an des Reiches glorreiche Zeit ist dieser Stil nicht förderlich. Seine Denkmale und -mäler, die sich abheben wie ein Ei dem anderen, nehmen dem Gedenden alle Reize, lüften dieses gewissermaßen in die gleiche Schablone. Da unten am Markt steht die Stadtkneipe. Diesen Ehrentitel darf sie führen, das verbürgt die unantastbare geschichtliche Überlieferung. Als Lustgärtchen den friedlichen Bürgern den toten Haß aus die Näher aufzuhalten, soll der Magistrat im Gassenhof „Zwei goldene Dächer“ feierlich weihegezeugt haben. Der will es da wunderbar finden, daß in ruhigen Zeiten die Stadtbater jenseit Brauch um so gründlicher halbierten. Leider hat man auch den Gassenhof „Zwei goldene Dächer“ dem Kolob „Kobler“ gespart. Ein hübsches, würdevolles Fachwerkhaus mit tiefem Giebel steht die Markstraße, dem Rathaus gegenüber, als der alte Dönerwirt in seinem Blumen-

gestickten Samtkäppchen noch hinter dem Schankisch seines menschenfreundlichen Antlitz wartete. Immergrünes Fleisgergut kletterte die blanken Fensterläden hinan, von deren Sims im Sommer jahraus, jahrein die Geranienblüten wie große zitternde Blutstropfen herniederhingen. — Nächst ist der alte Dönerwirt heimgegangen, und auch auf des jungen Dönerwirts Scheitel hat sich bereits das Silbergrau des nahenden Alters eingestellt. Aber das alte Haus steht nicht mehr. Ein rotes Ziegelsteingemäuer, recht sauberlich weiß ausgeputzt, hat sich an die Markstraße gesetzt. Die großen Scheiben halbieren Messingstangen mit Spitzengardinen, und wo sich einstens am schmiedeeisernen Gaten ein vergoldeter Döner im schmiedeeisernen Eichenlaubkranz schaukelte, hängt heute ein großes Glaschild, darauf geschrieben in bunten Lettern: „Restaurations zum Kriegerdenkmal“. Diese neuzeitliche Errungenschaft im Dienste des Gerstenbräu-Ausschankes lassen wir zur Seite liegen, ohne uns versucht zu fühlen, labungssuchend dort einzukehren. Rechtsab vom Rathaus führt eine Gasse zum Kirchlein. Amartig und groß stehen da die Linden auf dem Kirchplatz, und sicher und geborgen in ihrem Schutz das Gotteshaus. Die neue Zeit ging spurlos vorüber, denn die Linden hielten treulich Wacht. Die schwere Uhr, mit Bronzbeschlägen und kostbaren Filigranarbeiten reich verziert, ist nur lose eingeklinkt. Dämmervolle Stille erfüllt das Kirchlein. Verheißungsvoll leuchtet das Gold, blinkt das Wärmeweiß der Altarische, und so ernsthaft schauen die Statuen der Heiligen hernieder. Hier wartet wohl die liebe deutsche Herzinnigkeit, und die Künen im Gemäuer erzählen es, und die altersgrauen Bildwerke, zu deren Füßen die Väter und Großväter und die Geschlechter weit zurück mit der Zubrust des deutschen Herzens Gottes Schutz auf sich herabgeseht haben, und draußen rauschen die Linden und räumen es immerfort: das Hohelied von der Lieblichkeit des deutschen Gottesgedankens. — Ein wenig tiefer, zum Fluß hinunter, ist eine neue Kirche entstanden; die Gotik hat man ihr zugrunde gelegt, und die Fenster sind so gewaltig groß und hell, viel zu hell, und so toll die Säulen und Wände. Man fühlt hier nichts von Gottes Nähe und begreift nicht, daß hier die Andacht wohnen kann. —

(Fortsetzung folgt.)

Erntejahres 1915, insofern die Verwendung zu Saatweiden sichergestellt ist. Außerdem sollen im Falle der Enteignung dem Kartoffelerzeuger die zur Erhaltung des Viehes bis zum 31. Mai 1916 unentbehrlichen Vorräte belassen werden.

Außerdem werden dem Kartoffelbesitzer, der es zur Enteignung kommen läßt, 30 M pro Tonne weniger gezahlt, als der Höchstpreis beträgt. Nunmehr hat also die Regierung das beschlossene, was sie früher für unburchführbar erklärte, von den Verbrauchern aber gefordert wurde. Wäre es früher geschehen, würden wir die jetzigen Schwierigkeiten der Kartoffelversorgung nicht haben. Auch eine Kontingentierung des Verbrauchs der Kartoffeln wird folgen. Zur Brotkarte kommt die Kartoffelkarte. Sie sollte zweckmäßig alsbald auf sämtliche Lebensmittel ausgedehnt werden.

Erfolge einer gut vorbereiteten Hausagitation.

Wir entnehmen dem „Deutschen Metallarbeiter“, dem Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes, folgenden interessanten und bemerkenswerten Bericht über das Ergebnis einer Hausagitation in Sterkrade bei Oberhausen. „Seit einigen Wochen“, so heißt es da, „wurde ein gewerkschaftlicher Sonntag für die dortige Zahlstelle vorbereitet. Das Programm war kurz folgendes: 2 Uhr Treffpunkt aller erfrigen Kollegen im Tagungslokal zur Hausagitation. 5 Uhr: außerordentliche Mitgliederversammlung mit Frauen. Um 2 1/2 Uhr waren bereits 30 Agitatoren versammelt. Die letzten Arbeiten wurden erledigt und nach allen Richtungen der Stadt verteilt sich die Kollegen, jeder war gespannt auf den Ausgang der Agitationstour. Gegen 1/5 Uhr trafen die ersten Kollegen mit leuchtenden Augen im Versammlungslokal ein. Der Kollege Weber, welcher in Vertretung des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Wieber, erschienen war, konnte bei Eröffnung der Versammlung mitteilen, daß bereits 61 Neuaufnahmen gemeldet seien. Während der Versammlung trafen die noch fehlenden Kollegen ein und das Resultat der Hausagitation war, 68 Kollegen an einem Sonntage, in einer Zahlstelle, von einem Werke, dem Verbandszugeführt. Das Ergebnis wurde mit lebhaftem Beifall von der Versammlung aufgenommen und den Vertrauensleuten der Zahlstelle mitgeteilt. Das ist der Verlauf des gewerkschaftlichen Sonntags für Sterkrade, der 20. Februar. Er wird den Kollegen dauernd im Gedächtnis bleiben. Den übrigen Zahlstellen der Ortsverwaltung, sowie des ganzen Verbandes kam zugerufen werden, geht hin und tuet das gleiche.“ — Wir können uns dem letzten Satze vollinhaltlich anschließen.

Ueber den weiblichen Arbeitsmarkt in den Städten und die Zubwanderung vom Lande

schreibt Calwer in seiner Korrespondenz beherzigenswerte Worte. Bekanntlich ist das Angebot weiblicher Arbeitskräfte in den Städten und der Industrie größer wie die Nachfrage. Auf dem Lande dagegen mangelt es an Arbeitskräften. Hierzu bemerkt Calwer: Während die industrielle Bevölkerung, also reichlich über Frauen und Mädchen verfügt, die noch erwerbstätig werden konnten, ist das draußen auf dem Lande in sehr viel geringerem Grade der Fall. Die Steigerung der Lebensmittelpreise auf der einen Seite und die steigende Nachfrage nach Frauen, die an die Stelle der einberufenen Männer im Erwerbseben treten sollten, hat bewirkt, daß in den Städten das Angebot von Frauen und Mädchen in einer ganz außerordentlichen Weise am gewerblichen Arbeitsmarkt gewachsen ist, während auf dem Lande eine solche Wirkung ausgeblieben ist. Auf dem Lande ist es vielmehr so, daß die erwerbstätigen Frauen die anfallenden Arbeiten nur dadurch zu bewältigen vermögen, daß sie die Arbeitszeit außergewöhnlich lange ausdehnen. Und selbst dann gelingt es vielfach nicht, die Arbeiten in dem Umfang auszuführen, wie dies vor dem Kriege der Fall gewesen ist. Die Arbeit auf dem Lande ist zweifellos sehr viel mühsamer und anstrengender als in der Stadt; es ist auch keine Frage, daß die städtischen Frauen und Mädchen für die landwirtschaftliche Betätigung sich meist nicht eignen. Während auch jetzt immer noch ein Zufluss von weiblichen Arbeitskräften nach den Städten zu beobachten ist, obwohl auf dem Lande ein Mangel, in den Städten aber ein starkes Ueberangebot von weiblichen Arbeitskräften vorhanden ist, fehlt umgekehrt jede Wanderung von den Städten auf's ländliche Land. Und doch befindet sich auch in den Städten noch eine ganze Masse solcher weiblichen Arbeitsuchenden, die der landwirtschaftlichen Arbeit noch keineswegs so sehr entlehnt sind, daß sie nicht noch leicht aufs Land zurückkehren könnten. Es würde dies nicht nur zu einer erheblichen Entlastung des Arbeitsmarktes in den Städten, sondern auch zu einer günstigeren Versorgung der Landwirtschaft mit den benötigten Arbeitskräften namentlich in den kleineren Betrieben führen.

Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter im Kriegsjahr 1915.

Nach der im „Bergknappen“ veröffentlichten Jahresabrechnung des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter hat derselbe das Kriegsjahr 1915 gut überstanden. Danach war ein Barvermögensbestand von 2034 821,51 M in der Hauptklasse vorhanden. Dazu kommt dann noch der Wert von fünf eigenen Häusern in Witten, Bergogenerath, Saarbrücken und in Heerlen (Holland) in Höhe von 627 000 M, sowie einige andere Ver- mögensbestände in Höhe von 158 410,83 M, so daß sich das Gesamtvermögen auf 2 820 232,34 M beläuft. Au- ßerdem vereinnahmte die Gewerbevereinskasse im Jahre 1915 82 902,20 M, gleich 13 757,49 M mehr als im Jahre vorher. Dagegen sind infolge des Krieges die Mitgliederbeiträge um 243 335,33 M zurückgegangen gegenüber dem Vorjahr. Sie betragen 739 072,30 M. Der Anfall wird darauf zurückgeführt, daß 10 000 Mit- glieder mehr als im Jahre 1914 zu den Listen gerufen worden sind. Am Jahresabschluss hatte der Gewerbeverein 20 000 Mitglieder unter den Fahnen stehen. Die Summe der vereinnahmten Beitrittsgebühren in Höhe von 1 609,50

Im eigenen Interesse der Mit- glieder liegt eine pünktliche Beitrags- zahlung. Am Sonntag, den 12. März, ist der 2. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig.

Man zeigt, daß auch im Kriege Neuaufnahmen sehr wohl möglich sind. Die Beitrittsgebühren entsprechen einer Aufnahme von 2219 Mitgliedern. Darin sind nicht die jugendlichen Mitglieder enthalten, die beitragsfrei aufgenommen werden. Bei den Ausgaben für Unterstützungen steht die Kriegsunterstützung mit 221 067,23 Mark obenan. Ihr folgt Sterbegeld mit 113 245 M, sowie Krankengeld mit 99 709,60 M. Der Kassenbericht im „Bergknappen“ schließt mit Dankesworten an alle Vertrauensmänner, Zahlstellenvorstände, Beamte und Funktionäre und mit der Bitte an sie, den Verband weiter zu stärken, damit er im neuen Deutschland den Berg- arbeitern einen besseren Platz sichern könne.

Die Entlohnung der Frauenarbeit.

In der Zeit- schrift des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise unter- wirft Gewerberat Schmidt in Friedenau die Entwicklung der Frauenarbeit während des Krieges einer Unter- suchung. Während er die Erfolge mit der vermehrten Frauenarbeit durchaus für befriedigend bezeichnet, kommt er hinsichtlich der Entlohnung zu folgenden Resultat: „Nicht ganz so erfreulich wie dieses Bild ist die Ent- lohnung der Frauenarbeit. Wohl ist meist eine Steige- rung der Löhne eingetreten und haben viele Frauen in besonderen Stellen gute Verdienste erzielt, allein diese bleiben doch durchweg hinter den von den Männern durch- gesetzten Aufbesserungen wesentlich zurück. Während die Frauen sich meist mit einem Stundenlohn von 35 bis 40 Pf. begnügen müssen und im Allford selten Wochen- verdienste von 40 M und darüber erreichen, erhalten un- gelernte Arbeiter kaum unter 60 Pf. Stundenlohn, quali- fizierte Arbeiter aber vielfach solche bis zu 1,30 M und im Allford Wochenverdienste von 60 M und mehr. Die allgemein beobachtete Tatsache, daß die gewerbliche Frauenarbeit geringer entlohnt wird, als die der Männer, wird vielfach damit begründet, daß die Frauenarbeit mehr Vorbereitung, Einrichtung und Beaufsichtigung erfordere, an Menge und Güte hinter der der Männer zurückbleibe und daher eine geringere Ausnutzung der Arbeitsplätze, Maschinen, Einrichtungen usw. gestalte, durch welche die Generalunkosten des Unternehmens erhöht würden. In der Tat finden sich in einigen Unternehmungen, wo diese Gründe entfallen, bei gleicher Forderung an beide Geschlechter auch gleiche Löhne und Gehälter. Anderer- seits folgen doch noch viele Unternehmer bei der Be- messung der Lohnhöhe dem alten Grundsatz, daß dem Manne als Gründer und Haupt der Familie ein höherer Lohn gebühre, als der Frau, auch wenn er an sich nicht mehr leistet, als diese. Schließlich ist für den Lohnunter- schied aber noch der Umstand von größter Bedeutung, daß ein zunehmender Mangel an männlichen Arbeits- kräften besteht, während Frauenarbeit noch immer an- geboten wird.“

Wirtschaftliche Bewegung

Wüderich-Wesel. Auch am hiesigen Orte hatten die Mitglieder im letzten Jahre durch eine Eingabe die Unter- nehmer gebeten, Teuerungszulagen zu gewähren. Das ein befriedigendes Ergebnis nicht zu erreichen sei, war uns allen, die die Wüderich-Verhältnisse kennen, klar. Nicht zuletzt trug die schlechte Bautätigkeit dazu bei. Voll- ständig enttäuscht waren aber die Mitglieder durch die Antwortschreiben der Unternehmer. Die Firma Fr. Schöter-Wesel teilte mit: „Bezüglich Ihrer werten Zuschrift d. W. teile ich mit, daß es leider mir nicht möglich ist, meinen Leuten eine Teuerungszulage zu gewähren. Gewiß sind allerwärts die Lebens- mittel gestiegen, aber auch die sämtlichen Baumaterialien, Fuhrlohn usw. Um noch Leute beschäftigen zu können, wird die Arbeit meinerseits gesucht, rechne meinen Gönnern noch dieselben Preise in der Rechnung an, wie vor dem Kriege, trotz aller Preissteigerungen. Würde ich dieses ändern, so wäre sicherlich bald Schluß mit dem ganzen Geschäft und ich müßte alle meine Arbeiter entlassen. Für die Heeresverwaltung habe ich keine Arbeit noch Lieferung.“ (Unterschrift). — Die Firma W. Frank & Söhne schreibt: „In Erledigung der geehrten Zuschrift gestatten wir uns, mitzuteilen, daß, bevor wir zu dem Ihrerseits ausgedrückten Wunsch Stellung nehmen, wir Ihren Standpunkt, betr. Erneuerung des Tarifvertrages, der am 1. 4. 16 abläuft, kennen lernen möchten. — Wie gerechtfertigt Ihr Wunsch sein mag, so teilen wir Ihnen schon heute mit, daß, wenn wir Ihren Ansinnen in irgend- einer Weise entgegenkommen würden, wir uns völlig freie Hand vorbehalten würden.“ (Unterschrift). — Dem Wunsch der Firma, unsere Stellung zum Tarifvertrags- erneuerung kennenzulernen, wurde dahingehend ent- sprechend, daß die Firma um eine Unterredung gebeten wurde. Prompt lief darauf folgende Antwort ein: „Im Besitz Ihres Schreibeens vom gestrigen Tage teilen wir mit, daß wir inzwischen in Erfahrung gebracht haben, daß der Arbeitgeberbund Essen schon zu der Frage betr. Teuerungszulage Stellung genommen hat. Es wird des- halb wenig Zweck haben, eine Besprechung abzuhalten.“ (Unterschrift). — Damit war die Frage der Teuerungszulagen für die Wüderich-Unternehmer erledigt. Wochens die Bauarbeiter trotz der außergewöhnlichen Teuerung sehen, wie sie durchkommen. Das ging das die Unternehmer

an. Jahrelang waren zwar die Arbeiter gut genug, um den Unternehmergewinn zu mehren. Erst allmählich, als die Arbeiter anderweitige und auswärts Arbeit annehmen, bequemen sich die Unternehmer dazu, eine Zulage zu gewähren. Heute zahlen sie 2-7 Pf. für die Arbeitsstunde mehr. Bei der am Sonntag, den 27. Februar, stattge- fundenen Mitgliederversammlung befreudete es die Mit- glieder sehr, daß die Unternehmer kein besseres Angebot gemacht haben. Die Haltung unserer Verhandlungs- kommissionsmitglieder bei den Verhandlungen wurde voll- auf gebilligt und wird erwartet, daß es ihnen gelingen möge, eine Zulage zu erreichen, welche das Einkommen mit der enormen Preissteigerung der Bedarfsartikel wenigstens in etwas in Entlang bringt. Im übrigen war man sich darüber einig, daß auf allen Arbeitsstellen, besonders in Wesel und Umgebung, in eine scharfe Agi- tation eingetreten werden müsse, um den letzten Bau- arbeiter für den Verband zu gewinnen. Das sei die beste Antwort für die Unternehmer. Gerade in Wesel und Umgegend ist es dringend nötig, frühzeitig nach dem Rechten zu sehen und die Augen offenhalten, um die in der Entwicklung befindlichen Verhältnisse in der Zu- kunft beherrschen zu können. Das Standesbewußtsein und der Selbsterhaltungstrieb zwingt jeden, in der Werbung neuer Mitglieder seinen Mann zu stellen.

M. Broich.

Eine gut besuchte Mitgliederversam- lung besaßte sich mit dem Ergebnis der Tarifverhandlung- en. Kollege Schilling erstattete einen ausführlichen Ber- richt. In der darauffolgenden Aussprache wurde auf das Rundschreiben der Arbeitgeber zur Hauptversammlung des Arbeitgeberbundes am 20. Februar hingewiesen, na- mentlich auf die Stelle, wo es heißt, zur „geschaffenen Lage Stellung zu nehmen, die es nicht ausgeschlossen er- scheinen läßt, daß dem deutschen Bauergewerbe eine tarif- lose Zeit bevorsteht“. Hierzu bemerkte ein Kollege unter Zustimmung aller Anwesenden, es könne uns recht sein, wenn eine tariflose Zeit kommen würde. Eine solche würde ein größeres Entgegenkommen der Unternehmer herbeiführen. Wenn heute über die „Unerschämtheit“ der Bauarbeiter von Unternehmenseite die Welt voll- posaunt würde, so geschehe dieses zum großen Teil auch von solchen Unternehmern, die heute keinen Mann be- schäftigten. Festgestellt wurde, daß gegenwärtig und auch für das laufende Jahr Arbeit im Bauergewerbe vollauf vorhanden sei. An der Hand der heutigen Warenpreise könne sehr gut bemessen werden, wie die Lebenshaltung der Bauarbeiter herabgedrückt worden sei. Ebenso gut aber auch, welche Lohnzulage die Unternehmer machen müßten, um einen vollwertigen, gesunden Bauarbeiter- stand zu erhalten. Das Einkommen der Bauarbeiter- familien müsse der Steigerung der Bedarfsartikel ent- sprechend erhöht werden. Die Versammlung hat das volle Vertrauen zur Organisationsleitung, daß sie schon die richtigen Maßnahmen ergreifen wird, um das für uns so dringend erforderliche Ziel zu erreichen. Für den weiteren Ausbau des Verbandes, die Wiederergrünung und Erhaltung der Mitglieder muß in den nächsten Tagen und Wochen alle Sorgfalt aufgewendet werden, damit, falls die Unternehmer den Vertrag aus ihrer Hauptver- sammlung zum Wauß bringen wollen, und gerüstet sind. Denn wir sind es uns, unserem Stande und unseren Schützengrabenkollegen schuldig. Die Haus- kassierung übernahm der Kollege H. Wendel, falls der Kollege Kremer abberufen wird, freiwillig. Die Ver- sammlung wurde mit dem Wunsch geschlossen, daß jeder freiwillig seine Pflicht tun möge, und an der nächsten Versammlung, die am 19. März, nachmittags 4 Uhr, im Lokal Höhle stattfindet, der letzte Kollege teilnimmt.

Die Fischversorgung als nationale Zukunftsaufgabe

Der große Lehrmeister Krieg hat uns auch auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung manche beherzigens- werte Lehren gegeben. Er hat uns gezeigt, daß sowohl die Beschaffung wie die Verteilung wie auch der Verbrauch der Lebensmittel vielfach sehr verbesserungsbedürftig ist. Nicht zuletzt gilt dies auch von der Fischversorgung. Ganz gewiß bedeutet der Fisch ein sehr wertvolles Nahrungs- mittel und kommt besonders als wichtiger Ersatz für andere Lebensmittel, z. B. für Fleisch, in Betracht. Hierauf wurde vor allem verwiesen während der letzten Hungerkaterungen. Und erst jetzt in der Kriegs- zeit mit ihren fleischlosen Tagen erscheint uns der Fisch als ein willkommenes Bundesgenosse. Bedauerlich ist nur, daß man auch an die Fische oft nur sehr schwer herankommen kann. Allerdings muß zugegeben werden, daß die Fischerei an den Meeresküsten und auf der hohen See infolge des Krieges und wegen der militärischer Notwendigkeiten große Einschränkungen erlitt, daß ferner die Fischerei ihre besten Arbeitskräfte verlor; unsere deutschen Fischer haben fast alle in der Marine gebient und sind größtenteils zum Kriegsdienst eingezogen. Be- sonders ist es die Nordsee, welche vom Kriege am meisten betroffen wird. Die Nordsee ist aber das wichtigste Gebiet der norddeutschen Fischerei, sie liefert so viel als alle anderen norddeutschen Meere zusammen. Andererseits muß aber doch auch gesagt werden, daß der bisherige Umfang unserer Fischerei nicht der Größe und der Bedeutung Deutschlands entspricht. Unsere Fischerei kann und muß in Zukunft eine weit größere Aus- dehnung erfahren. Denn die Fischgewinnung in Deutsch- land gesteigert wird, dann wird auch der Fischverbrauch zunehmen, besonders wenn gleichzeitig eine vernünftige Regelung der Verteilung und Vermittlung und eine sach- gemäße Aufklärung über die beste Art der Verwendung, des Zubereitens und Kodens der Fische stattfindet. Bei der Regelung der Verteilung und des Verbrauchs haben insbesondere die Gemeinden sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen. Große Verdienste hat sich auf diesen Gebieten auch schon der 1882 gegründete Deutsche Fischereiverein

Berlin W. 9, Potsdamer Straße 22 a) erworben, der zu jeder Hilfeleistung und zu jedem Zusammenarbeiten gerne bereit ist. Dreffliches hat der Seefischereiverein bisher geleistet in der Ausfertigung der Verhandlungsberichte, der Verteilung von Wertblättern und Veranstaltung von Fischfischreisen, und zwar häufig in Verbindung mit Gemeindeverwaltungen.

Die sehr aber sonst Deutschland mit der Fischverjorgung noch zurücksteht und wie manches es hier noch zu tun gibt, zeigt ein Vergleich mit anderen Staaten. Der Verbrauch an Seefischen beträgt in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung nur 8 Kilogramm im Jahr, während er in England fast dreimal so hoch ist, nämlich fast 22 Kilogramm. Deutschland weist an Heringen einen durchschnittlichen Jahresverbrauch von 600 Millionen Stück auf, während London allein mehr als das Doppelte dieser Menge verbraucht, und ähnlich steht es mit dem Schellfisch und Kabeljau. Der Verbrauch von ausländischen Fischen in Deutschland beläuft sich nach Angabe des Reichsgesundheitsamtes auf 4 Kilogramm pro Kopf und Jahr. Unser Fischverbrauch ist zur vollen Hälfte auf die Auslandszufuhr angewiesen; der Einfuhrüberschuß betrug in den letzten Jahren bei Fischen und Fischwaren weit über 100 Millionen Mark.

Gest in neuerer Zeit ist in Deutschland eine eigentliche Hochseefischerei entstanden, die jedoch hinter andere Staaten noch erheblich zurücksteht. So ist die englische Hochseefischereiflotte 50mal, die holländische 10mal größer als die deutsche. In England sind mit dem Fischfang nicht weniger als 107 000 Menschen beschäftigt, in Deutschland noch nicht der vierte oder fünfte Teil. England ist an der Seefischerei in den nordwesteuropäischen Meeren mit fast der Hälfte, nämlich mit 45 Prozent der gesamten Ertragsmenge beteiligt; es folgt Norwegen mit 20, Frankreich mit 13 Prozent. Deutschland steht mit sechs Prozent erst an vierter Stelle.

Neben der Hochseefischerei kommt in Deutschland auch noch die Binnenfischerei mit den Süßwasserfischen in Betracht. Auch auf diesem Gebiete ist bei uns noch sehr vieles zu tun. Eine Fischwirtschaft läßt sich leicht nebenher betreiben. Wie viele brackische Gewässer, Teiche, Tümpel, Mergelgruben, Steinbrüche gibt es nicht, die sehr nutzbringend für die Fischzucht verwertet werden könnten! Viele Orte hätten ohne weiteres die Möglichkeit, ihren Bedarf an Fischen zu einem großen Teile selbst zu decken. Um die Sache vorwärts zu bringen, müßten sich auch hier die örtlichen Gemeindeverwaltungen mal ins Mittel legen. Auch würde in manchen Fällen der Fischereibetrieb eine sehr passende Beschäftigung für unsere kriegsbeschädigten abgeben. Jedenfalls werden wir in Zukunft mit allem Nachdruck auf eine Steigerung sowohl der Fischgewinnung wie auch des Fischverbrauchs hinarbeiten müssen, damit der Fisch bei unserer Lebensmittelversorgung künftig wirklich die Stellung einnimmt, die er einzunehmen berufen ist.

Verbandsnachrichten

Berlin. Am Sonntag, den 27. Februar, fand im Lokal „Zur Stadt Münster“ unsere Mitgliederversammlung statt, welche dem Verhandlungsstoff entsprechend, der zur Beratung stand, besser besucht sein konnte. Der schlechte Versammlungsbesuch findet zum großen Teil seine Erklärung in dem Darunterliegen des Baugewerbes. Fast alle Kollegen sind auswärts beschäftigt, kommen alle Wochen einmal in den Kreis ihrer Familien. Die Regelung der Familien- und sonstigen Angelegenheiten bringt es mit sich, daß die Kollegen den Sonntag gern für sich und ihre Familien haben möchten. Daß hierdurch die gewerkschaftlichen Pflichten etwas vernachlässigt werden, ist einleuchtend. Für die Zukunft muß dringend dafür gesorgt werden, daß dieser Mangel beseitigt wird. Die Kollegen sollten bedenken, daß der Versammlungsbesuch ein Stück Aufklärung im gewerkschaftlichen Leben bedeutet, womit unsere Existenzentwicklung sehr eng verknüpft ist. In der Versammlung wurde Bericht erstattet über die gescheiterten Tarifverhandlungen. Die getroffenen Maßnahmen des Verbandes wurden gutgeheißen. Auch unsere Zahlstelle hatte sich im September 1915 an die hiesigen Arbeitervereine mit einer Eingabe zwecks Gewährung einer Tarifrangzusage gewandt. Nur einer von allen Arbeitnehmern hielt es für notwendig, den Verband einer Antwort zu würdigen. Hier die Antwort: „Auf Ihr Schreiben betreffs Tarifrangzusage teile ich Ihnen mit, daß nach meiner Meinung für die hiesigen Arbeiter das Bedürfnis nicht vorliegt. So jedoch bei meinen Arbeitern ein Bedürfnis vorliegt, habe ich Entwürfe eingereicht, die mit der Tarifrangzusage zu geben, bin ich nicht in der Lage, da ich durch den Krieg ebenfalls ganz tiefe Ausgaben und Ausgaben habe. Hochachtung! Aug. Koller.“ — Hierdurch wurde uns ersichert, die hiesigen Arbeiter hätten mit dem Dinge nichts weiter zu tun. Jedoch ist die Tarifrangzusage gut erhalten worden. Jedoch ist aber auch hier zu bedenken, daß die Arbeitervereine für das folgende Jahr ebenfalls eine Tarifrangzusage geben, und insbesondere für die Arbeiter mit ihren Angehörigen sorgen, die sich durch den Krieg ebenfalls ganz tiefe Ausgaben und Ausgaben haben. Hochachtung! Aug. Koller. — Hierdurch wurde uns ersichert, die hiesigen Arbeiter hätten mit dem Dinge nichts weiter zu tun. Jedoch ist die Tarifrangzusage gut erhalten worden. Jedoch ist aber auch hier zu bedenken, daß die Arbeitervereine für das folgende Jahr ebenfalls eine Tarifrangzusage geben, und insbesondere für die Arbeiter mit ihren Angehörigen sorgen, die sich durch den Krieg ebenfalls ganz tiefe Ausgaben und Ausgaben haben. Hochachtung! Aug. Koller.

Esforderte fähigen Männern. Nur der Verband kann als Vorbeugungsmittel dienen. Deshalb muß jeder Kollege dafür sorgen, daß der letzte Banarbeiter von Hochvolt und Umgehend dem Verband zugeführt wird. Daran mitzuarbeiten ist Pflicht eines jeden Kollegen.

Bücherschau

Die „**Deutsche Arbeit**“, die in der gesamten Öffentlichkeit mit großem Interesse aufgenommenen neue Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, bringt in ihrem Märzheft 1916 folgende größere Abhandlungen: Professor Dr. Schmittmann: „Wohntendenzen für Kinderreiche durch Sparpflicht vor der Heimat“; Dr. Hugo Kahl: „Der Einfluß der deutschen Eisen- und Kohlenindustrie auf den Weltkrieg“; Johann Cronmüller: „Erfahrungen aus der praktischen Kriegsbeschädigtenfürsorge“; Dr. G. Brauns: „Idealismus in der christlichen Gewerkschaftsbewegung“; D. Weber: „Die evangelischen Arbeitervereine.“ — Die in jeder Nummer enthaltene Rundschau bringt folgende Beiträge: Franz Köhr: Staats- und Verwaltungsrecht; Paul Behrendt: Ländliches Steuerverwesen; Dr. Eduard Krüger: Volkserziehung; Dr. Anton Hebbach: Soziale Fürsorge; Dr. Käthe Gabel: Frauenfrage; Kaver Hüffer: Kunst.

Ein Handbuch der praktischen Kriegsfürsorge ist im Christlichen Gewerkschaftsverlag, Köln, Deulowwall 9, erschienen. Das Buch bringt aus der Feder des in der sozialen Praxis wie wenige sachkundigen Volksbureauleiters Heinrich Dieck eine vollständige Darstellung: 1. Der Vorschriften über die Kriegsfamilienunterstützung unter Berücksichtigung der Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916 und der Pflichten der Gemeinden zur Ergänzung der reichsgesetzlichen Unter-

stützung. Das Buch ist ein wertvolles Hilfsmittel für die praktische Kriegsfürsorge. Es enthält eine reich illustrierte, alle diese Fragen behandelnde Schrift heraus, die auch mustergheltige Kleinwohnungen, Alten- und Witwenheime der Firma Krupp-Essen mit darstellt. Hierzu, die auf Grund einer Stiftung des Gründers der Gesellschaft an alle ihr mitgeteilten Adressen der in der Zeile oder Mitteilungsstellen stehenden Leser unseres Blattes kostenfrei, an Bibelpersonen gegen Einzahlung von 80 Pf. portofrei durch die Geschäftsstelle der „Heimkultur“ in Wiesbaden versandt wird. Mitglieder erhalten die Zeitschrift kostenfrei und 4 Buchbeigaben (Gesamtwert 20 bis 24 M.) für 10 M. Jahresbeitrag kostenlos. Wer sich für die Bestrebungen der Gesellschaft interessiert, lasse sich kostenlos ihre Satzungen zusenden.

Die Niederlage der Engländer bei Kut el Amara findet eine eingehende und sachgemäße Begründung in dem wohlunterrichteten Berichterstatter in den neuesten Hefen 63/65 von Longs illustrierter Kriegsgeschichte „Der Krieg 1914/16 in Wort und Bild“ (Deutsches Verlagshaus Bong. u. Co., Berlin W 37, wöchentlich ein Heft zum Preis von 30 Pf.). Wir erhalten hier einen überaus interessanten Überblick über die Ursachen, welche diese Niederlage bewirkten und wodurch das stark erschütterte Ansehen der Engländer im Orient, namentlich bei den Araberstämmen, noch mehr gesunken ist. In diesen Heften alle Welt interessierenden Vorgang in Mesopotamien schließt sich in der Heften weitere bedeutende Artikel an, wie „Die Schlacht auf dem Anafelide“, „Schlechyatroull“, „Zwei oberösterreichische Schiffe“, „Die Verteilung von Äpfeln und Säfen“, „In Serbiens Südstade“, „In der Reihe von Saloniki“, „Schwimmende Lazarette“ u. a. m. Alle diese gutgeschriebenen Berichte in der Abteilungs-„Der Krieg in Einzeldarstellungen“ sind mit Abbildungen nach Zeichnungen unserer ersten Kriegsmaler sowie nach besten Photographien reichlich ausgestattet.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

Anton Gerold. Verwaltungsstelle Metz.

August Schäfer. Verwaltungsstelle Remscheid.

Max Schürer. Zahlstelle Wernau b. Aue (Sachsen).

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Durch den Krieg wurden uns bisher 1568 brave Kollegen entzissen.

Am 15. Februar starb unser Kollege **Soß. Brossel** im Alter von 59 Jahren an Lungenentzündung. Zahlstelle Brotch.

An den Folgen einer Lungenentzündung starb am 25. Februar unser treuer Kollege **Kasp. Altenwerth** im Alter von 40 Jahren. Zahlstelle Fretzenohl.

... 2. über Zweck, Ziel und Arbeit der Kriegsbeschädigten-Fürsorge, sowie ihre praktische Ausgestaltung für die verwundeten oder erkrankten Soldaten; 3. der Ansprüche bei Friedens- und Kriegsdienstbeschädigung auf Rente, Zuschüsse und einmalige Zuwendungen; 4. des Rechtes der Hinterbliebenen von gefallenen oder gestorbenen Soldaten und Kriegsteilnehmern auf Renten und Zuwendungen, auf Gnadengebüßnisse usw. Dabei haben auch die Ansprüche auf Heilversfahren, Krankengeld, Sterbegeld, Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung, wie sie gegen die Träger der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung geltend gemacht werden können, weitgehendste Berücksichtigung gefunden. Im Anhang bringt das Buch „Allerlei Wissenswertes“, eine Sammlung von Notizen, Bekanntmachungen usw. über Wohnungszugang, Beurlaubungen, Urlaubsgelder, Freizeithilfen und Jahrestermine, Kriegskinderbewerben der Frau Kronprinzessin, die Auswärtensbeschädigung, Verwundeten-Auslaststellen u. a. m. Eine große Zahl von Anzeigen, die gleichfalls im Anhang zu finden sind, wird den Beteiligten die Verteidigung ihrer Rechte erleichtern. Auch in der Hand der in der praktischen Kriegsarbeit tätigen Personen unserer Ortsgruppenleiter und Vertrauensmänner wird das Buch von großem Nutzen sein. Denn die meisten Leistungen der Kriegsfürsorge werden nur auf Antrag gewährt, was auf die vielen Einzelheiten führen. Das Buch ermöglicht aber nicht nur volle Aufklärung über alle einschlägigen Fragen, sondern auch durch Aufzählung von sachgemäßen Eingaben die Vertretung praktischer Kriegsfürsorge. Der Preis des Handbuchs, das rund 180 Seiten umfaßt und mit einer großzügigen Schlagsatzschmuck versehen ist, beträgt im Einzelhandel 1 M., für die Mitglieder unserer Verbände 50 Pf.

Bekanntmachung

Das **Jahrbuch der christl. Gewerkschaften für das Jahr 1916** ist noch in größerer Anzahl vorhanden und vor unserem Verbandsbureau Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3, zu beziehen. Pro Stück 50 Pf. Porto 10 Pf. gegen Einsendung des Betrages oder per Nachnahme. **Der Vorstand.**

Gemeinnützige

Deutsche Volksversicherung

Wer

Frau u. Kinder für seinen Todesfall schützen und sich für sein Alter, oder für die Ausbildung, Aussteuer oder den Sterbefall seiner Kinder

ein Kapital bis zu 2000 M.

schaffen will, wähle die besonders günstigen Tarife unserer gemeinnützigen Volksversicherung.

Alle Gewinne fließen den Versicherten zu.

Zentralverband christl. Bauarbeiter Deutschlands

Anfragen erbeten an: **Generalsekretariat der Christl. Gewerkschaften** Carl v. Meini, Deulowwall 9